Februar 2023
erscheint vierteljährlich

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

GEW regional

Zeitung der Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein erfolgreiches Jahr 2023

Neue Entgeltordnung
für angestellte Lehrkräfte
S. 3

Mitglieder-versammlungen
S. 10

Internationale Woche gegen Rassismus
S. 16

Inhalt

A 13 für alle Grundschullehrkräfte kommt auch in Hessen 2

Neue Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte und sozialpädagogische Berufe 3

Unser Leben muss bezahlbar bleiben 6

Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen 7

Nachruf auf Dieter Nerger 8

Von der Arbeit einer Förderschullehrerin an der Grundschule 11

GEW Strukturen in der Kritik 12

Fehlzeitenerfassung einfach erklärt 14

Internationale Woche gegen Rassismus 16

Die Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerkes Hessen stellt sich vor 18

„Alles auf zum Klimalauf“ 20

Klima Aktionstag an der Humboldt-Schule 21

Die Schiffsmühle von Ginsheim am Rhein 22

Kolleg:innen aus dem Main-Taunus-Kreis bei der Demo „Nächster Halt Hessen!“

Impressum

Herausgeber
Kreisverband Groß-Gerau und
Kreisverband Main-Taunus der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Redaktion
Bernd Heyl, Katja Pohl,
unter Mitarbeit von Harald Freiling

Satz und Druck
Druckerei Michael Bode, Wiesbaden

Postanschrift und Geschäftsführung
Bernd Heyl
Tel.: 06152/1877471
Walther-Rathenau-Straße 36, 64521 Groß-Gerau
E-Mail: bernd.heyl@t-online.de

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

A13 für Grundschullehrkräfte kommt auch in Hessen

Gewerkschaftliche Kämpfe erfordern oft einen langen Atem. Vor acht Jahren hat die GEW in Hessen die Kampagne A 13 für Grundschullehrkräfte gestartet, mit ihr sollte erreicht werden, was eigentlich selbstverständlich ist: Die finanzielle Gleichstellung der Grundschullehrer:innen mit ihren Kolleg:innen an weiterführenden Schulen.

Die Forderung nach A 13 für Grundschullehrkräfte ist auch eine Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit, denn an Grundschulen arbeiten ca. 90% Frauen. So gesehen verweigerte die schwarz-grüne hessische Landesregierung all die Jahre einen entscheidenden Schritt zur Gleichstellung von Männern und Frauen im Bildungswesen.
In den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen war der Durchbruch für eine bessere Bezahlung der Grundschullehrer:innen bis 2022 bereits gelungen. Zum Jahresende 2022 nahm Nordrhein-Westfalen eine Anpassung auf A 13 für Grundschullehrkräfte vor, Bayern und Niedersachsen kündigten entsprechende Schritte an.

Unter dem Motto „Nächster Halt Hessen! A 13 für Grundschullehrkräfte jetzt! demonstrierten am 12. November 2022 in Frankfurt über 2.000 Lehrerinnen und Lehrer für die Angleichung der Bezahlung von Grundschullehrkräften nach A 13.

Am 12. Januar kündigte nun das Kultusministerium an, dass auch Hessen die Besoldung der Grundschullehrkräfte anheben wird. Der Wermutstropfen: Die Anhebung erfolgt in sechs Schritten bis zum Jahr 2028. Eine Zulage, die sukzessive steigt und erstmalig zum 1. August 2023 bezahlt wird, soll die stufenweise Erhöhung realisieren. Im ersten Jahr soll sich die Zulage auf zehn Prozent des Mehrbetrags von A 13, 2024 auf 25 Prozent, 2025 auf 40 Prozent, 2026 auf 60 Prozent, 2027 auf 80 Prozent und 2028 dann schließlich auf 100 Prozent belaufen.
Mit einem Änderungsantrag zum Doppelhaushalt 2023/24 will die Landesregierung die schrittweise Anhebung auf den Weg bringen. Vielleicht reift bei der parlamentarischen Beratung vor dem Hintergrund anstehender Landtagswahlen ja die Einsicht, dass der geplante Zeitraum unbedingt verkürzt werden sollte. Weitere Informationen siehe:
www.gew-gg-mtk.de

Bernd Heyl

Die Zeit läuft

Neue Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte

Wie mehrfach berichtet haben sich GEW Hessen und das Land im Rahmen des Tarifabschlusses 2021 auf eine tarifvertragliche Regelung zur Eingruppierung der Lehrkräfte an den hessischen Schulen, den TV EGO-L-H, geeinigt, die am 1.8.2022 in Kraft getreten ist. Damit wurde der einseitig durch das Kultusministerium festgelegte „Eingruppierungserlass“ durch einen Tarifvertrag abgelöst. Für alle Lehrkräfte und unterrichtsunterstützenden sozialpädagogischen Mitarbeiter:innen an Förderschulen und in den Bereichen UBUS und USF, die ab dem 1.8.2022 neu eingestellt werden, erfolgt die Eingruppierung unmittelbar nach den neuen Vorgaben. Alle schon vor dem 1.8.2022 befristet oder unbefristet Beschäftigten bleiben mit Bestandsschutz in der bisherigen Entgeltgruppe. Sofern der TV EGO-L-H eine bessere Eingruppierung vorsieht, haben sie ab dem 1. August 2022 ein Jahr lang Zeit, einen Antrag zur Überleitung in die neue Lehrkräfte-Entgeltordnung zu stellen. Wird die höhere Eingruppierung bewilligt, gilt sie rückwirkend zum 1.8.2022, die Differenz zum bisherigen Gehalt wird nachgezahlt.

Informationen im Kollegium weitergeben!

Die GEW hat auch in den Kreisen Groß-Gerau und Main-Taunus mehrere Mitglieder ihrer Kreisvorstände fortgebildet, damit sie die anspruchsberechtigten Kolleginnen und Kollegen kompetent und zügig beraten können. Nach der aktuellen Einschätzung der GEW-Beratungsteams sind die Informationen über die Ansprüche aus dem TV EGO-L-H noch nicht ausreichend durchgedrungen. Damit besteht die Gefahr, dass die Kolleginnen und Kollegen die Frist versäumen und damit auf berechtigte Ansprüche dauerhaft verzichten.

Deshalb bitten wir alle GEW-Mitglieder in den Kollegien, die GEW-Vertrauensleute und alle Personalräte alle Kolleginnen und Kollegen, die schon vor Inkrafttreten des TV EGO-L-H am 1.8.2022 eingestellt und nach dem alten Erlass eingruppiert wurden, auf den neuen Tarifvertrag und die entsprechenden Informationsangebote der GEW hinzuweisen.

Der neue Tarifvertrag gilt ohne Einschränkung auch für befristet Beschäftigte. Ängste, dass sich ein Antrag auf eine bessere Eingruppierung oder eine entsprechende unverbindliche Anfrage negativ auf eine weitere Beschäftigung auswirken wird, sind unbegründet. Deshalb sollten wir auch diese Kolleginnen und Kollegen ermutigen, ihre Ansprüche anzumelden. Gerade befristet beschäftigte Lehrkräfte machen in den meisten Fällen dieselbe Arbeit wie Lehrerinnen und Lehrer im Beamtenverhältnis und werden trotzdem zum Teil seit vielen Jahren mehrere Gehaltsgruppen niedriger eingruppiert.

Anfragen an das Staatliche Schulamt

In dem Schreiben des HKM vom 6.7.2022 an alle TVH-Beschäftigten wird auf die Möglichkeit einer unverbindlichen Anfrage an die Personalsachbearbeitung des Staatlichen Schulamts hingewiesen.

Tarifvertrag zur Eingruppierung der Lehrkräfte mit zahlreichen Verbesserungen bei der Bezahlung!

Die Anfragenden sollen dabei die „zutreffende Verbesserung (neue Entgeltgruppe und/oder o.g. Zulage) und den jeweiligen Abschnitt und Unterabschnitt der EGO-L-H, aus dem sich diese ergibt, benennen. Entsprechende Nachweise (Qualifikation u.ä.) sollten bereits beigefügt werden."
Deshalb empfiehlt die GEW, auch bei einer Anfrage eine Beratung durch das GEW-Beratungsteam in Anspruch zu nehmen. In vielen Fällen wird bereits eine solche Beratung ergeben, dass die Ansprüche eindeutig berechtigt sind und sich deshalb eine Anfrage erübrigt und gleich ein Antrag auf eine verbesserte Eingruppierung gestellt werden kann.
Die GEW-Kolleginnen und GEW-Kollegen im Gesamtpersonalrat Schule (GPRS) sind derzeit in einem intensiven Austausch mit dem Staatlichen Schulamt in Rüsselsheim. Sie fordern, dass die Bearbeitung von Anfragen und Anträgen deutlich priorisiert wird. Auch wenn alle Ansprüche auf eine bessere Eingruppierung rückwirkend zum 1.8.2022 ausgezahlt werden, sind überlange Bearbeitungszeiten nicht akzeptabel. Insbesondere müssen auch die unverbindlichen Anfragen so rechtzeitig beantwortet werden, dass die Betroffenen dann rechtzeitig die notwendige externe Beratung einholen und die Anträge rechtzeitig bis zum 31.7.2023 stellen können.

Wer kann auf eine verbesserte Eingruppierung hoffen?

Aufgrund der Komplexität des TV EGO-L-H können wir keine vollständige und verlässliche Übersicht veröffentlichen, wer von den neuen Regelungen profitieren kann. Wir können nur ganz grob erläutern, in welchen relevanten Fallgruppen allgemein mit Verbesserungen gerechnet werden kann. Die folgende Übersicht kann eine Einzelfallprüfung nicht ersetzen.
Der TV EGO-L-H sieht Zulagen oder höhere Eingruppierungen insbesondere für die folgenden Beschäftigtengruppen vor:

- alle Lehramtsstudierenden in der Tätigkeit von Lehrkräften, deren Verträge über den 1.8.2022 hinaus verlängert werden
- tarifbeschäftigte Lehrkräfte an Grundschulen
- tarifbeschäftigte Lehrkräfte an kooperativen und integrierten Gesamtschulen, die bei der Eingruppierung jetzt den entsprechenden Fallgruppen an den Gymnasien und beruflichen Schulen gleichgestellt werden
- tarifbeschäftigte Lehrkräfte an Förderschulen und Haupt- und Realschulen, für die eine Anpassungszulage vorgesehen ist
- Kolleginnen und Kollegen ohne Lehramt und ohne Hochschulabschluss, die bisher in den Entgeltgruppen 5 und 6 eingruppiert waren
- Erzieher:innen an Förderschulen mit den Schwerpunkten Geistige Entwicklung und Körperlich-motorische Entwicklung

Keine Verbesserungen gibt es für Beschäftigte, die bereits in der Entgeltgruppe 13 eingruppiert sind.

Lehrkräfte ohne Hochschulabschluss

Besonders kompliziert stellt sich das Antragsverfahren für Kolleginnen und Kollegen ohne Lehramt und ohne Hochschulabschluss dar, die bisher in den Entgeltgruppen 5 oder 6 eingruppiert waren. Je nach Beschäftigungsdauer und mit dem Nachweis von Fortbildungen bzw. mit dem Nachweis einer einschlägigen dreijährigen Berufsausbildung sind Aufstiege bis zur Entgeltgruppe 9b oder 10 möglich. In diesen Fällen reicht der Antrag auf Überleitung in den TV EGO-L-H nicht aus, sondern es sind die entsprechenden Nachweise zu führen. Für den Aufstieg in die höchste Stufe ist zudem ein Gutachten der Schulleitung erforderlich. Für die GEW ist es wesentlich, dass bei diesen Gutachten „die Kirche im Dorf" bleibt und nicht die Maßstäbe einer Zweiten Staatsprüfung, einer Verbeamtung auf Lebenszeit oder einer Bewerbung auf eine Funktionsstelle angelegt werden.

Die GEW kommt auch in Ihre Schule

Kolleginnen und Kollegen des GEW-Beratungsteams kommen auch gern in Ihre Schule, um die tarifbeschäftigten Lehrkräfte und Sozialpädagog:innen über den neuen Tarifvertrag zu informieren, zum Beispiel im Rahmen einer Teilpersonalversammlung für die Angestellten. Die „aktuelle Entwicklung von Tarif-, Besoldungs- und Sozialangelegenheiten" ist nach § 47 HPVG ein Thema für eine Personalversammlung. Die allgemeine Information über den neuen TV EGO-L-H kann eine individuelle Rechtsberatung nicht ersetzen, bietet aber doch eine erste Orientierung für Personalräte und betroffene Kolleginnen und Kollegen. Wenn der Kreis der Betroffenen an einer Schule sehr klein ist, können gern auch interessierte Kolleginnen und Kollegen benachbarter Schulen eingeladen werden.

- Wer sich für eine solche Informationsveranstaltung interessiert, kann sich unter der Adresse info@gew-gg-mtk.de melden.

Die GEW berät ihre Mitglieder

Auch wenn sich aus der Antwort des Schulamts auf eine entsprechende Anfrage ein Anspruch auf eine Zulage oder eine bessere Eingruppierung ergibt, ist eine Beratung durch die GEW zu empfehlen. Das Schulamt prüft nämlich nur die Eingruppierung, nicht aber die Stufenlaufzeiten. Aus der Tatsache, dass man bei der Höhergruppierung zwar derselben Stufe zugeordnet wird, in der man am 1.8.2022 war, in dieser Stufe aber rückwirkend zum 1.8.2022 wieder bei Null beginnt, können sich in Einzelfällen kurzfristige Nachteile und ggf. auch Rückzahlungsforderungen ergeben. Deshalb empfiehlt das HKM in seinem Schreiben vom 6.7.2022, tarifbeschäftigte Lehrkräfte sollten „aufgrund der Ihnen übermittelten Informationen (…) selbst ggfs. unter Einholung rechtlichen Rates abwägen, ob sich für Sie eine Antragstellung empfiehlt oder nicht."

Die GEW bietet ihren tarifbeschäftigten Mitgliedern eine individuelle Rechtsberatung an, ob es sich für sie lohnt, einen Antrag auf Überleitung in die neue Entgeltordnung zu stellen, und wie ein solcher Antrag gestellt wird:

- Der Beratungsanspruch besteht ab dem Zeitpunkt, zu dem die Mitgliedschaft – ggf. auch online - beantragt wird:
  https://www.gew.de/mitglied-werden
- Weitere Informationen finden Sie unter www.gew-gg-mtk.de und www.gew-hessen.de > Recht.
- Für Rückfragen und Anregungen nutzen Sie auch unsere gemeinsame Mailadresse:
  info@gew-gg-mtk.de
- Wenn Sie eine Kollegin oder einen Kollegen aus unserem Beratungsteam direkt ansprechen wollen, dann sprechen Sie bitte immer nur eine Person an, um doppelte Arbeit für die rein ehrenamtlich Tätigen zu vermeiden!

Das TV EGO-L-H-Beratungsteam der GEW

im Kreis Groß-Gerau: Friedhelm Ernst, Harald Freiling, Claudia Kuse, Margot Marz und Doro Schäfer
im Main-Taunus-Kreis: Peter Engelhardt, Katja Pohl und Andreas Stähler

Eine FAQ-Liste des HKM findet man unter: https://kultusministerium.hessen.de/schuldienst/tv-ego-l-h

Harald Freiling

Tarifvertrag zur Eingruppierung der Lehrkräfte

Jetzt Anträge für mehr Geld bis 31. Juli 2023 stellen!

GEW-Mitglieder im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis erhalten durch das ehrenamtliche Beratungsteam der GEW eine kompetente und zuverlässige Beratung:

Anfragen von GEW-Mitgliedern: info@gew-gg-mtk.de
Mitglied werden: www.gew.de/mitglied-werden

Mitglieder werben Mitglieder: https://www.gew.de/praemienwerbung

Unser Leben muss bezahlbar bleiben

Im November 2022 lag die Inflationsrate in Deutschland bei 10%. Das ist eine Durchschnittszahl, die erschreckt, aber wenig über die konkrete Betroffenheit von Menschen aussagt. Denn die Preise für Brot, Fleisch, Wurst und Gemüse lagen fast um 20%, der Preis für Butter sogar um 54,2% über den Preisen von vor einem Jahr. Die exorbitant steigenden Energiepreise werden zwar durch Sonderzahlungen und Preisbremsen abgefedert, treffen aber sozial Benachteiligte und Geringverdiener besonders.

Am 22. Oktober 2022 demonstrierten in Frankfurt unter dem Motto „solidarisch durch die Krise“ mehr als 5.000 Menschen gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Die Gewerkschaften stehen in harten Tarifverhandlungen. In der Tarifrunde 2023 fordern ver.di und GEW 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr Gehalt monatlich für die im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten.

In Rüsselsheim rief das „Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit“ für den 22. November zu einer Mahnwache auf dem Marktplatz auf. Das Bündnis für soziale Gerechtigkeit ist ein offener Zusammenschluss von Akteur:innen aus Gewerkschaften, kirchlichen Einrichtungen, Institutionen, Vereinen und Einzelpersonen. Ab 17.00 Uhr versammelten sich ca. 50 Menschen unter dem Motto: Unser Leben muss bezahlbar bleiben!

Im Aufruf zur Mahnwache fordert das Aktionsbündnis unter anderem eine Energiepreisbremse rückwirkend zum 1. November und ein Verbot krisenbedingter Kündigungen für Wohnungen sowie die Gas- und Stromversorgung. Weitere Forderungen sind:

- „Eine sofortige ausreichende personelle Ausstattung von Stadt- und Kreisverwaltung sowie Jobcenter, die sicherstellt, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Hilfsansprüche umgehend geltend machen können.
- Einkommenszuwächse, die die Inflation ausgleichen. Anhebung von Mindestlohn und Bürgergeld entsprechend der Inflationsrate. Massive Unterstützung der Gewerkschaften in den kommenden Tarifrunden.
- Eine Umkehr der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich durch die Abschöpfung krisenbedingter Übergewinne und angemessene Besteuerung hoher Einkommen und großer Erbschaften.
- Die Abschaffung der Schuldenbremse in Bund und Land.“

Zu diesen Forderungen sprachen Bernd Schiffler für den DGB Rüsselsheim, Patrick Butsch für die ver.di Vertrauensleute bei der Stadt Rüsselsheim, Horst Gobrecht für ver.di – Handel. Jochen Müller vertrat den verhinderten Stadtpfarrer Andreas Jung. Die Moderation hatte Ingrid Reidt von der katholischen Betriebsseelsorge übernommen. Sie kritisierte eine zunehmende soziale Kälte, gegen die es auch

Unser Leben muss bezahlbar bleiben! Mahnwache am 22. November 2022 in Rüsselsheim

Foto: Walter Keber

einen Schulterschluss im Protest brauche. Bernd Schiffler begrüßte einerseits die bereits beschlossenen Entlastungspakete stellte aber gleichzeitig fest, dass sie nicht ausreichen. Patrick Butsch griff die Forderung nach ausreichender personeller Ausstattung von Stadt und Kreisverwaltung auf. „In Krisenzeiten braucht es einen starken öffentlichen Dienst“, stellte er klar. Horst Gobrecht verwies auf die besondere Betroffenheit von Menschen die prekär beschäftigt sind oder im Niedriglohnsektor arbeiten. Er kritisierte scharf den auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragenen Verdrängungswettbewerb in der Lebensmittelbranche und forderte Arbeit, von der Menschen leben können. Jochen Müller lenkte den Blick auf die Rüsselsheimer Tafel und das Projekt „Kochen für Rüsselsheim“ und das ehrenamtliche Engagement. Er verwies aber auch auf die Grenzen dieser Tätigkeit.

Für eine solidarische Gesellschaft

Klar grenzte sich das Aktionsbündnis gegen Versuche rechter und rechtsextremer Parteien und Gruppierungen ab, Sozialproteste in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Im Aufruf heißt es: „Unser Protest ist getragen von der Überzeugung, dass wir unsere Ziele nur gemeinsam und solidarisch erreichen. Wir werden uns nicht aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Religion oder Behinderung spalten lassen und wenden uns gegen jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder aggressiven Nationalismus. Wir fordern den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien im Kampf gegen die Klimakrise, eine solidarische nicht auf Wettbewerb fußende Gesellschaft und Frieden für die Ukraine.“

Der Zuspitzung der sozialen Krise in unserer Gesellschaft hielt das Aktionsbündnis die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit entgegen. Mit den Worten „In kalten Zeiten müssen wir gut zusammenstehen“, beendete Ingrid Reidt die Mahnwache. Die Initiator:innen betrachten die Aktion nicht zuletzt im Hinblick auf die positive Presseresonanz als Erfolg.

Bernd Heyl

Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen

Betroffen sind Beschäftigte bei Kommunen und Landkreisen, Erzieher:innen, Schulsozialarbeiter:innen, Hausmeister, Beschäftigte in der Nachmittagsbetreuung und viele andere mehr. Für sie alle fordern die Gewerkschaften in der Tarifrunde 2023 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr Gehalt monatlich. Spürbare Gehaltserhöhungen müssen kommen, denn alles wird teurer. Im Supermarkt, an der Tankstelle, beim Bäcker: Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst spüren die Inflation in ihrem Geldbeutel. Die historisch hohe Inflation frisst die Gehälter auf.

Für die Tarifrunde im öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen sind drei Verhandlungsrunden geplant. **Die Termine sind: 24. Januar, 22./23. Februar und 27. bis 29. März 2023.**

Die Gewerkschaften verhandeln für rund 2,5 Millionen Beschäftigte. Im Organisationsbereich der GEW wird für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsbereich verhandelt, beispielsweise für Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialarbeiterinnen und -arbeiter. Ver.di hat die Verhandlungsführerschaft für die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Die Verhandlungsrunden werden von gewerkschaftlichen Aktionen begleitet. Mit Warnstreiks ist zu rechnen. Wir fordern alle GEW-Mitglieder bei Bund und Kommunen auf, sich an den Aktionen zu beteiligen. Doch auch Bedienstete des Landes sollten sich solidarisch zeigen und wo möglich Kundgebungen und andere Aktionen durch ihre Teilnahme unterstützen. Je besser der Abschluss bei Bund und Kommunen ausfallen wird, umso besser sind die Voraussetzungen für die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder. Über geplante Aktionen in der Region informieren wir zeitnah.

Zur Erinnerung an Dieter Nerger

Nach 31 Dienstjahren als Schulleiter der IGS-Mainspitze und fast 20 Jahren im Ruhestand ist Dieter Nerger am 18. November 2022 nach einem erfüllten, arbeitsreichen Leben von uns gegangen. Mit ihm haben wir in unserer Bildungsregion aus der Reihe der ersten Gesamtschulleiter:innen im Kreis Groß-Gerau einen der großen Schulleiter verloren.

Als der deutsche Bildungsrat 1969, damals noch mit den Stimmen der CDU, den Länderregierungen empfahl, mit Gesamtschulen als integrierte Schulform in Schulversuchen eine große deutsche Bildungsreform einzuleiten, waren es junge Lehrerinnen und Lehrer wie Dieter Nerger, die sich herausgefordert fühlten, an diesen Schulversuchen mitzuwirken. Mit gerade mal 32 Jahren bewarb er sich auf die Stelle des Direktors der 1972 neu gegründeten integrierten Gesamtschule und blieb bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Schuldient 31 Jahre Schulleiter dieser Schule.

Dass parallel zur Schulentwicklung der IGS Mainspitze auch weitere Gesamtschulen ihre Arbeit aufnahmen, ließ diese neue Schulform schnell zum festen und gleichermaßen umstrittenen Bestandteil der hessischen Bildungslandschaft werden. Neben der IGS Mainspitze entstanden im Kreis Groß-Gerau fast zeitgleich sieben weitere Integrierte Gesamtschulen, die sich von Beginn an in einem Schulverbund miteinander vernetzten und aktiv zusammenarbeiteten. An dieser Entwicklung hatte Dieter Nerger maßgeblichen Anteil.

Foto: privat

Unter der Koordination der damaligen Schulamtsdirektorin Heidrun Bechtel entwickelten die Gesamtschulen eigene Konzepte, die man sich gegenseitig vorstellte und in regelmäßigen Arbeitstreffen auf ihre Wirksamkeit evaluierte. Diese Form der Zusammenarbeit, deren entschiedener Fürsprecher Dieter Nerger war, erwies sich als besonderer Glücksfall für die Profilbildung der sieben Gesamtschulen, die noch heute ihre eigene Prägung haben. Dass sich zeitgleich die Schulträger Rüsselsheim und Kelsterbach dieser Entwicklung anschlossen und ebenfalls Haupt- und Realschulen zu Integrierten Gesamtschulen umwandelten, war auch Ergebnis dieser Pionierarbeit, die von Dieter Nerger und anderen Schuleiter:innen des Kreises Groß-Gerau geleistet wurde.

Dieter Nerger ging es an seiner Schule nicht nur darum, die neue Schule zum Laufen zu bringen. Er sah in der Idee der Gesamtschule, die bislang getrennten Bildungsgänge in einer Schulform zusammenzubringen, die Chance, im Sinne von Willy Brandt auch in den Schulen mehr Demokratie zu wagen und sie so nach innen und nach außen besser zu positionieren. Wie auch an den anderen IGSen des Kreises vertrat er als Gesamtschuldirektor die Auffassung, dass die Schülerinnen und Schüler lernen sollten, sich an politischen Prozessen zu beteiligen und die politische Lage im Sinne ihrer Interessen demokratisch zu beeinflussen. So wurde das Fach Gesellschaftslehre, das die Fächer Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde zusammenfasste, zum Kernstück der Unterrichtsgestaltung.

Immer wieder unterstützte Dieter Nerger Initiativen, die nach Wegen und Möglichkeiten suchten, die Schülerschaft zur aktiven Teilhabe an demokratischen Strukturen zu ermuntern. Im Diskurs mit anderen sollten sie ihre eigene Meinung finden und für sich und andere Verantwortung übernehmen. So gründete er in den 80er Jahren sogenannte Schülerfirmen, die eigenverantwortlich aus dem regionalen Wirtschaftsraum Aufträge annehmen und Produkte herstellen durften. Er sorgte dafür, dass das schmucklose Außengelände mit Hilfe von Schülergruppen begrünt und für eine aktive Pausengestaltung nutzbar gemacht wurde.

Dieter Nerger war mehr als 30 Jahre GEW-Mitglied. Er trat in die GEW ein, als er schon Schulleiter war. Andere machten es umgekehrt. Wir werden Dieter Nerger immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

Alfred Harnischfeger

Schulung für Personalräte zu aktuellen Fragen der Arbeit mit dem Hessischen Personalvertretungsgesetz und aus dem Dienstrecht

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir laden Sie/euch zu einer ganztägigen Schulung der Personalräte der Schulen im Main-Taunus-Kreis ein:

Mittwoch, 15. Februar 2023, 9.00 bis 16.00 Uhr,
Bildungszentrum der IG BAU, Waldstraße 31, 61449 Steinbach

Am Vormittag wollen wir die folgenden aktuellen Themen behandeln:

1. Aktuelle Informationen zu A 13 für Grundschullehrkräfte, zur Beamtenbesoldung, zu der Novellierung des HPVG und zu den Personalratswahlen 2024
2. Stellensituation: Planstellen, TVH-Verträge (Verlängerung / Entfristung), A 14-Stellen
3. Eingruppierung nach dem TV EGO-L-H: Bisherige Erfahrungen und weiterer Beratungsbedarf
4. Versetzungsanträge und Mitbestimmung bei Versetzungsverfahren
5. Erfassung von Fehlzeiten durch FLiS
6. Situation in den Intensiv- und InteA-Klassen

Am Nachmittag:

- Grundlagenschulung bei Bedarf
- Offene Fragen aus dem Vormittag
- Aktuelle Fragen aus der Arbeit des GPRS
- Austausch über Probleme an den Schulen

Die Veranstaltung wird vom GEW-Kreisverband Main-Taunus als **Schulungsveranstaltung für Personalräte gemäß § 40 Absatz 2 HPVG** durchgeführt. Personalräten ist Dienstbefreiung zu erteilen. Reisekosten werden nach § 93 Abs. 4 HPVG auf Antrag erstattet. Dazu ist ein Beschluss des Personalrats gemäß § 42 HPVG über die Teilnahme erforderlich, der vor der Reise der Schulleitung anzuzeigen ist.

Parkplätze sind vorhanden. Ein Mittagessen zum Preis von 10 Euro kann im Bildungszentrum eingenommen werden. Für GEW-Mitglieder ist das Essen kostenlos.

Die Schulung ist sowohl für neue Personalratsmitglieder als auch für erfahrene Kolleginnen und Kollegen geeignet. Bitte teilen Sie es uns bei der Anmeldung mit, wenn Sie eine Grundlagenschulung möchten.

Wir bitten um Anmeldung per Mail an info@gew-gg-mtk.de
Eine Anmeldebestätigung erfolgt nicht.

Mit herzlichen Grüßen
für den GEW-Kreisverband Main-Taunus:
Inge Druschel-Lang, Katja Pohl und Andreas Stähler
Harald Freiling (GEW-Rechtsberater)

Wir laden ein...

... zur Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Groß-Gerau am Dienstag, den 21. März 2023 um 17 Uhr in der Martin-Buber-Schule Groß-Gerau, Wilhelm-Seipp-Straße 1

1. GEW-Kampagne „Zeit für mehr Zeit“ – Arbeitszeit und Arbeitsbelastung

Für die Präsentation der Kampagne der GEW Hessen konnten wir unseren Landesvorsitzenden Thilo Hartmann gewinnen. Die Arbeit an Schulen wird immer herausfordernder und zeitaufwendiger, die Arbeitsbelastung ist seit Langem zu hoch und nicht mehr hinnehmbar. Zeit für gute Bildung werden wir jedoch nicht geschenkt bekommen, wir werden sie uns nehmen müssen! Die GEW wird daher in den nächsten Monaten die Hauptgründe hoher Arbeitsbelastung in den Mittelpunkt stellen – und gemeinsam mit euch für spürbare Verbesserungen kämpfen. Darüber wollen wir diskutieren.

2. Antrag: Austritt des Kreisverbands aus dem Bezirksverband Südhessen

2.1. Begründung des Antrags und Diskussion
2.2. Abstimmung

3. Neuwahl des GEW-Kreisvorstands

3.1. Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands 2020 – 2023
3.2. Kassenbericht
3.3. Bericht der Kassenprüfer
3.4. Entlastung des Kreisrechners
3.5. Entlastung des Kreisvorstands
3.6. Neuwahl des GEW-Kreisvorstands

4. Wahl der Delegierten

4.1. Bezirksdelegiertenversammlung (je nach Ausgang des Mitgliederentscheids)
4.2. Landesdelegiertenversammlung

5. Anträge

gez. Claudia Kuse, Doro Schäfer, Margot Marz, Nathalie Thoumas, Robert Hottinger

---

Die Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Main-Taunus findet am Donnerstag, 27. April 2023 statt. Die Einladung wird demnächst verschickt.

Zum Motto der GEW „Zeit für mehr Zeit“: Von der Arbeit einer Förderschullehrerin.

Ich gehöre zu den Förderschullehrkräften, die noch den Gemeinsamen Unterricht miterlebt haben. Damals haben wir mit Grundschulkolleginnen und -kollegen eine Klasse mit behinderten und nichtbehinderten Kindern gemeinsam geführt, die Aufgaben gleichmäßig verteilt und die Verantwortung gemeinsam getragen. Nun habe ich mich auf die neuen Rahmenbedingungen im Inklusiven Unterricht eingestellt. Hier muss ich deutlich mehr Kinder in vielen verschiedenen Klassen in einer viel kürzeren Zeit und mit deutlich mehr formalem Aufwand fördern.

An vielen Schulen gibt es zudem aufgrund des Lehrkräftemangels nur noch wenige ausgebildete Förderschullehrkräfte, die restlichen Stunden werden dann mit nicht ausgebildeten Kräften besetzt. Die Aufgaben, die nur ausgebildete Förderschullehrkräfte übernehmen können, wie beispielsweise die Erstellung der Fördergutachten und die Leitung der Förderausschüsse, werden so auf immer weniger Personen verteilt.

Die täglichen Herausforderungen an den Grundschulen sind immens. Alle Kinder bringen individuelle Lernvoraussetzungen und Persönlichkeiten mit und benötigen mehr oder weniger Zuwendung und Unterstützung. Je größer die Klasse ist, desto weniger Zeit bleibt für einzelne Kinder. Darüber hinaus beobachte ich, dass sich in jeder Klasse, in der ich eingesetzt bin, zusätzlich etwa 6 Kinder befinden, die deutlich mehr Zuwendung und Förderung benötigen. Diesen Kindern fällt beispielsweise das Lernen extrem schwer oder sie haben schwerwiegende Probleme im emotional-sozialen Bereich, Autismus, eine psychische Erkrankung oder das ADHS.

Die schuleigenen Förderstunden reichen bei weitem nicht aus, um dem bestehenden Bedarf gerecht zu werden. Manchmal sind Förderkurse so voll, dass auch hier nicht auf die spezifischen Probleme einzelner Kinder angemessen eingegangen werden kann. Oder aber die Anzahl der teilnehmenden Kinder wird reduziert, was dann bedeutet, dass Kinder, die es auch nötig hätten, keine zusätzliche Förderstunde erhalten können.

Wenn die schuleigenen vorbeugenden Maßnahmen erschöpft sind, können wir Förderschullehrkräfte hinzugezogen werden. Die Erwartung der Grundschulkollegen und Grundschulkolleginnen an uns Förderschullehrkräfte ist dann entsprechend hoch, nicht selten folgt eine Enttäuschung. Auch uns fehlt die Zeit, fehlen die Stunden, um alle Kinder, die es bräuchten, gezielt und ausreichend fördern zu können. Die Schulen bekommen eine Grundzuweisung an Förderschullehrerstunden, unabhängig von dem tatsächlichen Bedarf an den Schulen. Diese Stunden können dann auf Kinder mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung und Kinder im Rahmen vorbeugender Maßnahmen

verteilt werden. Das heißt, dass unter Umständen Kinder warten müssen, bis die Förderschullehrkräfte wieder freie Stunden zur Verfügung haben. Oder aber die Stunden müssen nach Dringlichkeit umverteilt werden.

Auch fehlt oft die Zeit, um eine Beziehung zu Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufzubauen, die aber für eine gelingende Förderung wichtig ist. Manchmal kann ich mir nur einen kurzen Überblick verschaffen, das Material für die Woche vorbeibringen, die Woche für das Kind vorstrukturieren und mich mit den Grundschullehrkräften und gegebenenfalls auch den Teilhabeassistentinnen und -assistenten kurz absprechen.

Obwohl ich mich an unserer Schule wertgeschätzt fühle und meine Arbeit auch als sinnvoll erachte, frustriert es mich, bei den aktuellen Rahmenbedingungen immer wieder an Grenzen zu stoßen, Erwartungen enttäuschen zu müssen. Es bedarf des politischen Willens, diese Situation zu verändern.

Die GEW kämpft mit ihrem Motto „Mehr Zeit für mehr Zeit!“ für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen. Deshalb engagiere ich mich für die GEW. Die schuleigene Zuweisung von Förderstunden und die Grundzuweisung für die sonderpädagogische Förderung müssen deutlich erhöht werden, damit mehr Zeit für die notwendige individuelle Förderung zur Verfügung steht.

Petra Guttmann

Die GEW-Strukturen in der Kritik

Die Tagesordnung für die Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Groß-Gerau am 21. März sieht vor, dass der GEW-Kreisvorstand über den Stand der Strukturdebatte in der hessischen GEW informieren und einen Antrag zum Austritt des GEW-Kreisverbands aus dem Bezirksverband Südhessen einbringen und diskutieren möge (GEW regional Seite 10).

Bereits in der Ausgabe Mai 2022 von GEW regional haben die GEW-Kreisvorstände Groß-Gerau und Main-Taunus, die sich auch in dieser Frage abstimmen und gemeinsam handeln, über eine Entscheidung der Kreisvorstände berichtet, dass sie ihre Mitarbeit im GEW-Bezirksverband suspendiert haben und dass „die Aktivitäten des Bezirksvorstands nicht mehr durch unsere Kreisverbände legitimiert sind“. Den ausführlichen Artikel über die Hintergründe des Beschlusses kann man auch auf unserer Homepage nachlesen
(Kurzlink: https://bit.ly/3IFnFmc).

Was erwarten die Mitglieder?

Für die Mitglieder, die sich nicht in den Gremien der GEW tummeln, sind Debatten über Positionen, Funktionen und Organisationsstrukturen in der Regel wenig interessant und ersprießlich. Den Mitgliedern der GEW ist es wichtig, dass ihre Gewerkschaft einen guten Service bietet:

- schnelle Antworten auf drängende Fragen
- eine gute und zuverlässige Rechtsberatung durch Menschen, die in der Nähe erreichbar sind und auch persönlich kontaktiert werden können
- Unterstützung und Beratung vor Ort in den Schulen und Betrieben
- Fortbildungsangebote gerade auch zu Fragen des Berufsalltags, des Dienst-, Schul- und Arbeitsrechts und für die Personalratsarbeit
- eine wirksame Interessenvertretung in bildungs- und schulpolitischen Fragen in der Region
- gut vorbereitete Aktionen zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen
- Räume und Gelegenheiten zur Diskussion und zum Austausch
- und und und …

Den Mitgliedern kann es egal sein, wie die GEW diesen Service organisatorisch sicherstellt, Hauptsache, er funktioniert - schnell, wertschätzend und überzeugend!
Die Satzung der GEW Hessen sieht zwei Organisationsebenen verbindlich vor: den Landesverband mit der Landesgeschäftsstelle in Frankfurt und die GEW-Kreisverbände. Die Größe der Kreisverbände reichte nach den letzten Zahlen aus dem Jahr 2020 von 67 Mitgliedern im Kreisverband Hünfeld bis zu 1.348 Mitgliedern im Kreisverband Kassel-Stadt. Im Süden Hessens ist der Kreisverband Groß-Gerau mit 1.131 Mitgliedern der zweitgrößte und der Kreisverband Main-Taunus mit 848 Mitgliedern der viertgrößte Kreisverband.

Zusammenarbeit vor Ort

Die Satzung der GEW sieht weiter vor, dass Kreisverbände im Bereich eines Staatlichen Schulamts zur Zusammenarbeit verpflichtet sind und dass sich Kreisverbände zu Bezirksverbänden zusammenschließen können. Die Zusammenarbeit der Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus im Bereich des Staatlichen Schulamts in Rüsselsheim ist schon lange intensiv und wirksam: mit funktionierenden ehrenamtlichen Strukturen, mit einer gemeinsamen Fraktion im Gesamtpersonalrat, mit GEW regional als gemeinsamer Zeitung, mit einer gemeinsamen Homepage www.gew-gg.mtk.de, mit einem gemeinsamen Bildungstag, der leider durch die Pandemie ausgesetzt werden musste, mit gemeinsamen Fachgruppentreffen, Fortbildungen und Personalräteschulungen…

Die Mittelebene der Bezirksverbände zwischen den Kreisverbänden und dem Landesverband hat für uns in den letzten Jahrzehnten immer weiter an Bedeutung verloren, so dass sich die GEW-Kreisvorstände Groß-Gerau und Main-Taunus weitgehend aus der aktiven Mitarbeit zurückgezogen haben. Denn auch für die größeren Kreisverbände ist die ehrenamtliche Arbeit in den gewerkschaftlichen Gremien ein hohes Gut, mit dem wir sparsam umgehen müssen. Ursachen für den Bedeutungsverlust des Bezirksverbands sind insbesondere der Wegfall der Bezirkspersonalräte und die Satzungsänderung, dass jeder Kreisverband im Landesvorstand Sitz und Stimme hat und somit nicht mehr wie früher nur über den Bezirksverband an der Meinungsbildung im Landesvorstand beteiligt ist.

Bedeutungsverlust der Bezirksverbände

In die Diskussion über die Struktur der hessischen GEW ist – verstärkt im letzten Jahr – Bewegung gekommen:

- In einigen hessischen Regionen haben sich Kreisverbände zu größeren Kreisverbänden zusammengeschlossen.
- Für die Neuwahl des Vorsitzendenteams im Bezirksverband Nordhessen gab es 2022 erst „in letzter Minute“ zwei Bewerber.
- Im Bereich des Bezirksverbands Südhessen, zu dem die Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus gehören, haben inzwischen die Kreisverbände Hanau, Friedberg, Schlüchtern, Offenbach-Land und Gelnhausen den Austritt aus dem Bezirksverband vollzogen.
- Der Landesvorstand hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Struktur des Landesverbandes und seiner Gliederungen auseinandersetzt. Auf der letzten Landesdelegiertenversammlung, die den Auftrag und den Zeitplan der Arbeitsgruppe bekräftigte, meldeten sich auch die Kreisverbände zu Wort, die das Zusammenwirken in einem Bezirksverband als hilfreich oder unabdingbar ansehen.

Es soll an dieser Stelle im Vorfeld der Mitgliederversammlung nicht verschwiegen werden, dass auch die konkrete Politik und konkrete Handlungsweisen des Bezirksvorstands bei den GEW-Kreisvorständen Groß-Gerau und Main-Taunus in den letzten Monaten dazu beigetragen haben, die Mitgliederversammlungen als höchstem Beschlussgremium der Kreisverbände mit der Frage eines Austritts zu befassen. Der Bezirksvorstand verschickt regelmäßig an alle Mitglieder in den südhessischen Kreisverbänden von ihm verantwortete Informationen und Rundschreiben, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Hier erreichten uns mehr als einmal Beschwerden über Inhalte der unaufgefordert zugesandten Mails des Bezirksvorstands.

Im Gegensatz dazu praktizieren wir den Versand an die Kolleginnen und Kollegen, die ihre aktive Zustimmung zur Aufnahme in adressatenbezogene Mailverteiler erklärt haben. Solche Mailverteiler gibt es zum Beispiel für Personalräte, für Schulleitungsmitglieder oder für UBUS-Kräfte. Die GEW-Kreisvorstände Groß-Gerau und Main-Taunus haben deshalb den Bezirksvorstand aufgefordert, zukünftig die Mitglieder unserer GEW-Kreisverbände nicht mehr mit unaufgefordert versandten Rundschreiben des Bezirksverbands zu beliefern. Dass der Bezirksvorstand diese Bitte nicht nur ignoriert, sondern sogar ausdrücklich zurückgewiesen hat, hat unsere ursprüngliche Überlegung, das Ende der Strukturdebatte abzuwarten, nicht befördert.

Deshalb soll die Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Groß-Gerau am 21.3. und zu einem späteren Zeitpunkt auch die des GEW-Kreisverbands Main-Taunus über die Frage des Austritts aus dem Bezirksverband beraten und befinden.

Robert Hottinger
für den GEW-Kreisvorstand Groß-Gerau
Katja Pohl
für den GEW-Kreisvorstand Main-Taunus

FLiS – Fehlzeitenerfassung einfach erklärt

Die digitale Erfassung von Fehlzeiten ist ein Projekt, welches das Kultusministerium schon länger verfolgt. Es ist traurig, dass man trotz des langen Vorlaufs schon wieder Unsicherheiten und Unfrieden gestreut hat, obwohl das absolut nicht notwendig gewesen wäre. Den Gesamtpersonalrat erreichten zahlreiche Nachfragen und in den Schulleiterdienstversammlungen merkte man, dass auch auf dieser Ebene noch Fragen offen waren.

Für die Lehrkräfte und sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ändert sich im Prinzip nicht viel, denn wie sonst auch, bekommt man am Jahresende eine Aufstellung, die man prüfen und gegenzeichnen muss.

Erfasst werden von der Schulleitung vier Kategorien:

1. Krankheit mit Attest
2. Krankheit ohne Attest (bspw. bei nur einem, zwei oder drei Krankheitstagen)
3. Kind krank
4. Unerlaubtes Fernbleiben

Damit zählen Befreiungen vom Unterricht aus dienstlichen Gründen (z. B. Fortbildung, Klassenfahrt, Personalratstätigkeit, Teilnahme von Mentor:innen oder Ausbilder:innen an Unterrichtsbesuchen usw.) nicht dazu. Diese dürfen in der Jahresmeldung nicht auftauchen.

Ein erster Aufreger war die Formulierung, dass auch dann ein ganzer krankheitsbedingter Fehltag einzutragen ist, wenn man nach Aufnahme des Dienstes aus gesundheitlichen Gründen seine Tätigkeiten abbrechen muss. Für Angestellte kann dies nicht gelten, da dies gesetzlich (Entgeltfortzahlungsgesetz und BGB) geregelt ist. Da die über FLiS erhobenen Fehlzeiten auch an die Hessische Bezügestelle weitergeleitet werden und damit Auswirkungen auf die Lohnfortzahlung haben können, sollten die Betroffenen darauf achten, dass solche Tage nicht in der jährlichen Auflistung erscheinen und diese Liste erst unterschreiben, wenn alles korrekt ist.

Wie aber ist das, wenn man einen kleinen Arzttermin am Nachmittag oder eine Blutentnahme morgens hat? Für diese Termine muss eine Dienstbefreiung aus wichtigem persönlichem Grund bei der Schulleitung beantragt werden, die diese wie bisher auch genehmigen wird. Solche Termine sind nicht in FLiS zu erfassen.

Für weitere Verstimmung sorgte der Passus, dass zur Betreuung erkrankter Kinder unter zwölf Jahren ab dem ersten Tag ein Attest notwendig ist. Dies

bedeutet aber nicht, dass das Attest noch am gleichen Tag vorgelegt werden muss, aber sehr wohl, dass man in diesem Fall einen Arzt kontaktieren muss. Das ist nicht neu und war schon bisher so. Der Arbeitgeber hat auch das Recht, dies so festzulegen.

Ob eine solche Regelung sinnvoll ist, kann aber durchaus bezweifelt werden, denn jeder Elternteil weiß, wie schwierig es ist, Termine bei Kinderärztinnen und -ärzten zu bekommen. Es mag auch nicht immer sinnvoll sein, sich mit einem fiebrigen Kind zwei bis drei Stunden in ein volles Wartezimmer zu quetschen.

Von einigen Schulleiter:innen wurde die Sorge geäußert, dass sie zu wenig VSS-Mittel erhalten werden, wenn sie Dienstbefreiungen aus dienstlichen oder persönlichen Gründen nicht in FLiS erfassen. Diese Sorge können wir entkräften, denn von Seiten des Staatlichen Schulamtes wurde dem Gesamtpersonalrat versichert, dass der Bedarf an VSS-Mitteln auf andere Weise erhoben werde.

Wer weitere Einzelheiten wissen will, dem sei die Broschüre der GEW „Ein Grund zur Sorge? – Digitale Erfassung von Fehlzeiten der Beschäftigten im hessischen Schuldienst FLiS“ ans Herz gelegt. Hier erläutern Peter Zeichner aus dem Referat Mitbestimmung und Annette Loycke von der Landesrechtsstelle die Einzelheiten. Die Broschüre findet ihr auf unserer Homepage: www.gew-gg-mtk.de

Martin Einsiedel und Katja Pohl

Jubilare im Neuen Theater

Die GEW Main-Taunus hatte ihre Jubilare des Jahres 2022 zu einem Besuch des Neuen Theaters im November eingeladen.
Nach zwei Jahren Pause, bedingt durch die Pandemie, trafen sich die Jubilare wieder in Höchst und eine langjährige Tradition konnte endlich fortgesetzt werden. Bei einem gemütlichen Beisammensein im Restaurant „Stadt Höchst“, bei einem guten Essen und der Übergabe der Urkunden wurden Erinnerungen ausgetauscht. Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen trafen sich nach vielen Jahren zum ersten Mal wieder und Ereignisse der gemeinsamen Schulzeit waren Anlass zu lebhaften Gesprächen. Der anschließende Besuch des Varietés mit einem Glas Sekt in der Pause rundete den Abend ab.

Folgende Kolleginnen und Kollegen waren der Einladung gefolgt:

25 Jahre Mitgliedschaft: Ilse Diblik-Wagner, Susanne Ullrich, Waltraud Ohl

40 Jahre Mitgliedschaft: Reinhold Braun, Gabriele Lang, Karin Beck, Marion Beye, Ursula Zeise, Albrecht Neunhöffer, Helmut Poppe, Gertrude Weis-Wruck, Ursula Groth, Sigrid Kehne

45 Jahre Mitgliedschaft: Ingeborg Feldner

50 Jahre Mitgliedschaft: Gerhard Turk, Gertraud Saller, Gerlinde Arendt-Köberer, Monika Beck, Uta Koch

55 Jahre Mitgliedschaft: Elga Volkenandt

60 Jahre Mitgliedschaft: Paul Abicht

Internationale Wochen gegen Rassismus 2023 – Misch dich ein!

Die diesjährigen Aktionswochen gegen Rassismus finden vom 20. März bis zum 02. April statt und laufen unter dem Motto „Misch dich ein“. Auch der Kreis Groß-Gerau mischt sich mit einem Programm und kreisweiten Aktionen ein, um Solidarität mit den Opfern von Rassismus zu zeigen und gegen Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung laut zu werden.

Die Aktionswochen gegen Rassismus werden von der Stiftung gegen Rassismus rund um den Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März organisiert. Sie dienen der Solidarität mit Opfern von Rassismus und Diskriminierung – so fordert das diesjährige Motto „Misch dich ein“ zu noch mehr Solidarität und Zivilcourage auf. Es gilt die Stimmen zu erheben gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Internationale Wochen gegen Rassismus im Kreis Groß-Gerau

In diesem Jahr organisiert die Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus eine Social-Media-Aktion. Der Fokus liegt dabei auf Zivilcourage, genauer, darum, Menschen, die Zivilcourage geleistet haben in den Vordergrund zu rücken und „Danke“ zu sagen. Mit der Social-Media-Aktion sollen Menschen die Gelegenheit haben ihre Geschichten zu teilen und sich bei ihren Helfer:innen zu bedanken. Der Aufruf hierfür wird auf den Kanälen der sozialen Medien des Kreises Groß-Gerau auf Instagram und Facebook Mitte Februar gestartet.

Außerdem zeigt die
Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus eine Ausstellung mit dem Titel: „Todesopfer rechter Gewalt seit 1990“. Die Wanderausstellung (7. aktualisierte Fassung) wird vom 20. März bis zum 10. April in verschiedenen Räumen in der Wilhelm-Seipp-Straße 4 in Groß-Gerau zu sehen sein. Sie erinnert an die 183 Todesopfer rechter Gewalt seit der Wiedervereinigung. Genauere Informationen enthält das Programmheft zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2023 im Kreis Groß-Gerau.

Wie auch in den letzten Jahren werden kreisweite Aktionen und Projekte in einem Programmheft zusammengefasst. Dieses wird von verschiedenen Organisationen und der Fachstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus des Kreises zusammengestellt. Dieses Programmheft wird ab Februar auf www.kreisgg.de/iwgr digital zugänglich sein. Zusätzlich wird das Heft auch an einigen Stellen in Papierform ausgelegt. Hier finden Interessierte nähere Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen und Aktionen sowie zur Anmeldung.

Tipps für Aktionen und Veranstaltungen

Auch sportliche Aktionen werden gerne gesehen. Die Stiftung organisiert hierfür speziell den Aktions-

Blick in die Ausstellung „Todesopfer rechter Gewalt“

tag #BewegtGegenRassismus am 25. März. Gemeinsam mit dem Deutschen Fußballbund (DFB), der DFL Stiftung, der Deutschen Sportjugend im DOSB und Pink gegen Rassismus wird hierfür zu Sportveranstaltungen aufgerufen, die das Engagement innerhalb der Zivilgesellschaft fördern und auf Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aufmerksam machen. Weitere Informationen gibt es hier: Bewegt gegen Rassismus - Stiftung gegen Rassismus (stiftung-gegen-rassismus.de)

Die Stiftung gegen Rassismus (siehe auch Artikel in diesem Heft), die für die Organisation und die Koordinierung der Internationalen Wochen gegen Rassismus bundesweit verantwortlich ist, stellt auf ihrer Homepage weitere Ideen und Materialen (Shop - Materialien 20/21 - Stiftung gegen Rassismus (stiftung-gegen-rassismus.de) zur Verfügung. Für bundesweite Veranstaltungen zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2023 wird ein Veranstaltungskalender (Internationale Wochen gegen Rassismus 2023 - Stiftung gegen Rassismus (stiftung-gegen-rassismus.de) eingerichtet.

Wie steht es um das deutsch-namibische Aussöhnungsabkommen?

Die Perspektive der namibischen Zivilgesellschaft

Vortrag und Gespräch mit
Naita Hishoono (Namibia Institute for Democracy)
Bernd Heyl (Autor des Buches „Namibische Gedenk- und Erinnerungsorte. Postkolonialer Reisebegleiter in die deutsche Kolonialgeschichte)
Groß-Gerau, Hauptstraße 1,
Schloss Dornberg
27.März 2023, 19.00 Uhr

Rassismus und Kolonialismus sind historisch eng verbunden und wirken bis heute nach. Von 1884-1915 war das heutige Namibia unter der Bezeichnung „Deutsch-Südwestafrika“ deutsche Kolonie. Die deutsche Herrschaft wurde durch den deutsch-namibischen Krieg 1904-1908 und den Völkermord an Nama und OvaHerero durchgesetzt. Dieses Kriegsverbrechen wird mittlerweile auch von deutscher Seite als Völkermord anerkannt. Es liegt mittlerweile ein „deutsch-namibisches Aussöhnungsabkommen“ vor, das noch von beiden Seiten ratifiziert werden muss.

In Namibia ist das Abkommen jedoch umstritten. Vertreter:innen von Nama, OvaHerero und namibischer Zivilgesellschaft kritisieren ihre mangelnde Beteiligung und zu geringe Wiedergutmachungszahlungen.

Naita Hishoono, Leiterin des Namibia Institute for Democracy (NID) informiert über den aktuellen Stand der Diskussion in Namibia. Bernd Heyl moderiert und beleuchtet bei Bedarf die historischen Hintergründe.

Anmeldung bitte an: Servicebüro der KVHS, Tel.: 06152 - 1870-0, Mail: info@kvhsgg.de
Informationen unter:
https://www.kvhsgg.de/programm/gesellschaft/
Dies ist eine Veranstaltung im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2023. Angeboten von:
DGB-Kreisverband Groß-Gerau,
GEW Kreisverband Groß-Gerau,
Arbeit und Leben Hessen,
kvhs Groß-Gerau

Die Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen

Die Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen - Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus (https*//beratungsnetzwerk-hessen.de) liegt seit Juli 2021 in der Trägerschaft des Vereins jetzt e.V. - Verein für Beratung, Coaching und Bildung - aktiv für Demokratie (www.jetzt-ev.de). Die Mitglieder des Vereins sind seit mehreren Jahren in der Beratung und Unterstützung von Kommunen, Unternehmen und Vereinen tätig. Die Beratungsteams verfügen über Kompetenzen in systemischer Beratung, pädagogische Fachkenntnisse, fundiertes Wissen zu Ideologien der Ungleichwertigkeit und Kenntnisse in Moderation und Begleitung von Gruppen(-prozessen).

Das Büro der Regionalstelle Süd befindet sich in Darmstadt als Knotenpunkt zu den Regionen (Stadt Darmstadt, Landkreise Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, Odenwaldkreis und Bergstraße), für die die Regionalstelle Süd zuständig ist. Das Team der Regionalstelle Süd besteht seit Februar aus drei hauptamtlichen Mitarbeiter:innen und drei freien Berater:innen.

Die Arbeitsschwerpunkte der Regionalstelle Süd liegen auf:

- **Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus und für eine demokratische Kultur vor Ort**, d.h. das Beratungsteam kommt zu den Ratsuchenden vor Ort, wenn es z.B. demokratiefeindliche Vorkommnisse gibt und entwickelt gemeinsam mit den lokalen Strukturen nachhaltige Lösungsstrategien.
- **Mobiler Bildung im Kontext von Rechtsextremismus, Ideologien der Ungleichwertigkeit und Demokratieförderung**, d.h. z.B. eine Institution oder ein Bündnis haben Bedarf, sich zu Themen rund um Rechtsextremismusprävention und Stärkung eines demokratischen Miteinanders weiterzubilden, dann kommt das Team der Regionalstelle vorbei und bringt verschiedene Bildungsformate wie z.B. Workshops und Vorträge mit und/oder entwickelt diese gemeinsam mit den Akteur:innen vor Ort.
- **Vernetzung aller relevanten Akteur:innen im Feld Demokratieförderung in Südhessen.** Vernetzung ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit der Regionalstelle. Sie ist auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene mit Kooperationspartner:innen im Feld der politischen Bildung und Mobilen Beratung vernetzt und im Austausch - so entstehen neue Ideen und Synergien. Zu dieser Vernetzung zählt insbesondere die Zusammenarbeit mit den lokalen Partnerschaften für Demokratie und den Fachstellen für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention (DEXT). Diese bringen die Expertise von den Bedarfen vor Ort mit, nur so können nachhaltige Strategien im Umgang mit demokratiegefährdenden Phänomenen gemeinsam entwickelt werden.

Die Arbeitsweise der Regionalstelle Süd ist betroffenensensibel, ressourcen- und bedarfsorientiert sowie rassismuskritisch. Wir arbeiten mit einer intersektionalen Perspektive, d.h. wir sehen die Überschneidung von verschiedenen Diskriminierungsformen und ihre Auswirkungen auf bzw. von dem System, das wir beraten.

Wir sind für alle ansprechbar (egal ob Stadtverwaltung, zivilgesellschaftliches Bündnis, Schule oder Einzelperson), die in ihrem Umfeld demokratiefeindliche Vorkommnisse erleben oder sich für ein demokratisches Miteinander vor Ort einsetzen möchten.

Ziel unserer Arbeit ist es, gemeinsam mit unseren Beratungsnehmer:innen nachhaltige strukturelle Veränderungsprozesse für ein demokratisches Miteinander in ihrem Gemeinwesen, Schule, Bündnis, Verein - kurz ihrem Sozialraum - anzustoßen und zu etablieren.

Die Angebote der Regionalstelle Süd sind vertraulich und kostenlos. Sie werden gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben! Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen“ und das Landesprogramm „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“.

Praxisbeispiel Schule:

Wir werden häufig von Lehrkräften, Eltern, Sozialarbeiter:innen oder teilweise auch Schüler:innen kontaktiert, wenn es um diskriminierende Vorkommnisse im Kontext Schule geht. Ein beispielhaftes Vorgehen – nach einem solchen Vorfall – wäre folgendes:

In einer 7. Klasse werden rassistische und sexistische Inhalte in einer Whats-App Gruppe der Schüler:innen verbreitet. Dabei gerät eine Schülerin immer wieder in den Fokus der diskriminierenden und abwertenden Äußerungen. Die Eltern der Schülerin erfahren per Zufall von den Vorkommnissen und wenden sich an die Klassenlehrerin, die überrascht reagiert und den Fall in die Lehrerkonferenz trägt. Dort wird deutlich, dass in mehreren Klassen seit längerem Rassismus und Queerfeindlichkeit ein Thema ist. Viele Lehrkräfte sind unsicher, wie sie mit den Vorfällen umgehen sollen, was ein richtiger Umgang wäre oder finden die Äußerungen teilweise auch nicht schlimm. Die Stufenleitung der Mittelstufe entscheidet sich, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus anzufragen.

Vorgehen:

Die Mobile Beratung erhält einen Anruf oder eine E-Mail der Stufenleitung. Nach Rücksprache im Team übernehmen zwei Berater:innen den Fall und vereinbaren einen Termin an der Schule. Im besten Fall nehmen an dem Termin neben der Stufenleitung, auch Lehrkräfte, Elternbeirat, Schulsozialarbeit, SV und Schulleitung teil. Zunächst wird über die Vorkommnisse gesprochen und die unterschiedlichen Perspektiven angehört.

Anschließend wird gemeinsam mit der Gruppe das weitere Vorgehen - je nach Bedarf und Ressourcen - besprochen. Das könnten exemplarisch folgende Dinge sein:

- Leitbildentwicklungsprozess an der Schule
- Sensibilisierung für (eigene) Diskriminierungsprozesse/-weisen
- Workshop zur Handlungssicherheit im Umgang mit diskriminierenden Vorkommnissen für die Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte
- Vortrag für alle Interessierten z.B. zu dem Thema: „Was ist Diskriminierung und was sind Folgen/Auswirkungen für Betroffene“
- Verweis an politische Bildungsträger, die dezidierte Angebote für Jugendliche zu den Themen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und demokratisches Miteinander anbieten
- Etc.

Zusätzlich wird die Betroffenenberatung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (in Hessen response: www.response-hessen.de) eingeschaltet, damit die konkret betroffenen Personen – falls gewünscht – Unterstützung erhalten.

Wenn das Beratungsziel erreicht wird, findet ein Abschlussgespräch und eine gemeinsame Evaluation statt.
Der Beratungsprozess kann so lange dauern, wie es gewünscht wird und teilweise verändern sich die Beratungsaufträge auch im Prozess.

Sarah Fey

Kontakt:
Für die Region Südhessen
(Stadt Darmstadt, Darmstadt-Dieburg,
Groß-Gerau, Bergstraße und Odenwald)
Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen – Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
Jetzt e.V. – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie
c/o Greet Hotel Hilpertstraße 27
64295 Darmstadt
Tel: 01 57 / 52 41 14 -83 oder -78
(i.d.R. Montag-Donnerstag 9:00 Uhr – 17:00 Uhr)
E-Mail: kontakt@regionalstelle-sued.de
Web: www.regionalstelle-sued.de

Für die Region West- und Mittelhessen:
Jetzt – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e.V.
Web: www.jetzt-ev.de
E-Mail: info@jetzt-ev.de
Tel: 0179 7265677

„Alle auf zum Klima-Lauf“

Baumpflanzaktion nach Sponsorenlauf 2022 an der AES Schwalbach

Nach einer längeren, z.T. Corona-bedingten Pause fand am 15. Juli 2022 der fünfte Sponsorenlauf der Albert-Einstein-Schule statt. Das Motto „Alle auf zum Klima-Lauf“ hatten die Schüler:innen der AES ausgewählt, so wie sie auch den Spendenzweck selbst festlegten: Der Erlös sollte je zur Hälfte Schulprojekten an der Albert-Einstein-Schule sowie der Aktion „Bäume pflanzen durch Hessenforst“ (www.hessen-forst.de/unser-wald/) zugutekommen. Die Schülerschaft engagiert sich damit aktiv und nachhaltig für den Klimaschutz in unserer Region. Das ambitionierte Ziel lautete: „2.000 neue Bäume! Jede gelaufene Runde zählt!“ Die Organisation lag vor allem in den Händen einiger aktiver Eltern und des Sportfachsprechers der Schule, Jürgen Morr, die zusammen für einen reibungslosen Ablauf sorgten.

In fünf Gruppen gingen 615 Schülerinnen und Schüler sowie 12 Lehrkräfte bei herrlichem Sommerwetter an den Start, um die gut 500 Meter lange Runde auf dem Schulgelände innerhalb von 35 Minuten möglichst oft zu durchlaufen. Dabei wurden sie von Mitschülerinnen und Mitschülern, Eltern, Kolleginnen und Kollegen kräftig angefeuert und übertrafen schließlich mit insgesamt 6739 Runden (durchschnittlich 11 Runden; Bestmarke 19 Runden durch einen Schüler der Klassenstufe 8) das gesetzte Ziel beeindruckend deutlich. Damit kam eine Summe von über 30.000 Euro an Sponsorengeldern zusammen!

Davon wurden nun mehr als 16.000 Euro an Hessenforst überwiesen. Das Geld diente der Finanzierung von über 3000 Bäumen, die schließlich in einer großen Aufforstaktion am 23. November, einem kalten und nebligen Tag, von Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern der AES in Zusammenarbeit mit Hessenforst nahe der Billtalhöhe bei Königstein gepflanzt wurden. Die Initiator:innen des AES-Spendenlaufes hatten sich vorgenommen, einen großen Teil der Summe im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens für die Aufforstung des regionalen Waldes zu verwenden. (In der Hessenschau gab es am 23.11. eine ausführliche Reportage über diese Aktion: https://www.hessenschau.de/tv-sendung/schwalbacher-schueler-mit-pflanzaktion-fuer-das-klima-,video-176522.html)

Auch Bäume pflanzen will gelernt sein
(Foto: Hartwig Möllencamp)

Im Sinne der Nachhaltigkeit wurde als Fortsetzung oder Folgeaktion angestoßen, dass in Zukunft jedes Jahr im aufgeforsteten Gebiet oberhalb von Königstein, das nun den Namen „AES-Generationenwald“ trägt, weitere Bäume mindestens in der Anzahl der jeweiligen Fünftklässler/innen neu gepflanzt werden. Die Paten und Spendengeber:innen sollen dann aus den Reihen der jeweiligen Abiturient:innen kommen. Der diesjährige Abiturjahrgang ist bereits auf einem sehr guten Weg, dieses Ziel für 2023 zu erreichen.
Der Festakt mit feierlicher Spendenübergabe an Hessenforst, vertreten durch Frau Mandy Gantz, fand am 28.11. im Mehrzweckraum der Albert-Einstein-Schule statt. Eingerahmt von Musikdarbietungen von Schülerinnen und Schülern der AES unter der Leitung der Musiklehrkräfte Anke Wehle-Knoll und Stefan Riedl würdigten u.a. Bürgermeister Alexander Immisch und der Schuldezernent des Main-Taunus-Kreises Axel Fink in ihren Reden das Engagement aller an den Aktionen Beteiligten und hoben dessen Bedeutung für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen hervor. Als krönenden Abschluss enthüllten Schulleiterin Anke Horn und Mandy Gantz von Hessenforst feierlich den symbolisch auf dem AES-Pausengelände neu gepflanzten Baum.

Andreas Stähler

Erster Klima- Aktionstag an der Humboldt-Schule

Die Alexander-von-Humboldt-Schule hat am Freitag, den 11.11.22 mit großem Erfolg ihren ersten Klima-Aktionstag durchgeführt. Es standen der Klimawandel, seine Ursachen und Folgen sowie die Maßnahmen für den Klimaschutz einen Tag lang in allen Fächern und Jahrgängen im Vordergrund. Zwar hatten die Schülerinnen und Schüler Unterricht nach Stundenplan, aber alle Lehrerinnen und Lehrer behandelten in ihrem Unterricht das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln. Um Schüler:innen zu motivieren, eigenes, nachhaltiges Handeln zu entwickeln, ist es zielführend, ihnen die Folgen ihres täglichen Tuns aufzuzeigen. Warum ist es wichtig, mit der Erde ressourcenschonend umzugehen? Wie können wir Müll vermeiden? Was ist Energie, wo kommt sie her, und warum sollte man sparsam mit ihr sein?

In Mathematik wurde beispielsweise mithilfe von Prozentrechnung errechnet, wieviel ein T- Shirt mehr kosten muss, damit der Lohn der Arbeiter:innen in Bangladesh verdoppelt werden kann oder es wurden rechnerisch der Stromverbrauch und die Energiekosten für den Computer ermittelt, wenn er sechs Stunden am Tag läuft. In Musik wurde der „Earth- Song“ von Michael Jackson unter die Lupe genommen, in der nächsten Stunde in Gesellschaftslehre der CO2- Fußabdruck jedes Einzelnen ermittelt. In Englisch sprach man über das Klima in Australien und die Folgen des Klimawandels für das Land.
Die gesamte Lehrerschaft brachte ihre Kreativität ein und zeigte den Schülerinnen und Schülern damit die besondere Bedeutung des Themas auf. Dadurch, dass alle Fächer mitwirkten, wurden verschiedenste Ansätze und Blickwinkel dieses komplexen Themas beleuchtet. Am Ende des Tages berichteten die Lehrerinnen und Lehrer von tollen Stunden mit engagierten Kindern und die Schülerinnen und Schüler von einem spannenden, etwas anderen Tag, der im Gedächtnis bleiben wird und großen Spaß gemacht hat.
Beim Klima-Aktionstag geht es einerseits um das Bewusstsein darum, was jeder Einzelne tun kann, damit der Klimawandel gebremst wird. Andererseits muss man aber auch Verständnis erzeugen für demokratisch legitimierte Entscheidungen der Politik in diesem Bereich, wie Martin Einsiedel, der Umweltschulbeauftragte der Humboldt-Schule ausführt.

Die Humboldt-Schule, die seit drei Jahren zertifizierte Umweltschule des Landes Hessen ist, hat sich vorgenommen, den Klima-Aktionstag zweimal im Jahr zu veranstalten.

Martin Einsiedel

Foto: dpa

Die Schiffsmühle von Ginsheim am Rhein

Ein beeindruckender außerschulischer Lernort

Wir beklagen den Klimawandel, wollen uns gesund ernähren, klimaneutral fortbewegen und den CO2-Ausstoß deutlich senken. Es gilt Probleme zu lösen, die entstanden sind, weil sich die Menschen in den industrialisierten Ländern in ihrem Denken immer mehr von der Natur entfernt haben. Die moderne Technik gibt dem Menschen die Möglichkeit, Dinge zu tun, die immer massiver in die Natur eingreifen. Der aktuelle große Schub, der die Menschheit geradezu von der Natur wegtreibt, ist die Digitalisierung. Da stellt sich die Frage, wie kann es der Schule gelingen, bei Schüler:innen ein Verständnis dafür zu schaffen, dass der Mensch auf Dauer nur im Einklang mit der Natur leben kann.

Technikgeschichte, ein Blick in das Leben vor der Industrialisierung, kann verdeutlichen, wie sehr der Mensch von der Natur und einem nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen abhängig ist. Welche Schritte sind nötig, damit das Brot auf unseren Teller, das Mehl in die Schublade kommt? Bei einem Besuch der Ginsheimer Schiffsmühle können Schüler:innen die Dinge im wahrsten Sinne des Wortes „begreifen“, er verschafft Einsichten, die „normaler“ Unterricht so nicht vermitteln kann. Die Schiffsmühle bietet Einblicke in die Technik, die Arbeitsbedingungen und die sozialen Strukturen vergangener Zeiten.

Schiffsmühlen

Die ersten uns bekannten Schiffsmühlen gab es um 450 nach Christus in Rom. Die Ostgoten belagerten die Stadt und zerstörten die Aquädukte und mit ihnen auch die Wasserleitung, die die Mühlen der Stadt antrieb. So entstand die Idee, Mühlen auf Schiffen zu befestigen und vom Tiber durch Schaufelräder antreiben zu lassen. Vom Mittelalter bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts arbeiteten Schiffsmühlen auf fast allen größeren Flüssen Europas. Für das 15. Jahrhundert sind ca. 1.000 Mühlenstandorte mit mehreren Tausend Schiffsmühlen bekannt.

Eingeprägt haben sich uns die klappernde Mühle am „rauschenden Bach“ oder die Windmühlen in Norddeutschland. Doch was, wenn der Bach in heißen Sommern wenig Wasser führte oder der Wind ausblieb? Konservierungsmethoden für Mehl waren noch nicht bekannt und so musste über das ganze Jahr gemahlen werden. Die tiefschlächtigen Wasserräder der Schiffsmühlen erbrachten zwar eine geringere Energieausbeute konnten aber relativ sicher über das ganze Jahr betrieben werden (außer bei extremem Hoch- oder Niedrigwasser) und waren daher in der Rheinebene unverzichtbar. Allein bei Ginsheim lagen 1875 22 Schiffsmühlen.

Im Zuge der Rheinbegradigung ab 1828 änderten sich auch die Bedingungen für die Schiffsmühlen. Sie mussten wegen sinkender Fließgeschwindigkeit aus den Altrheinarmen mehr zur Flussmitte hin verlagert werden. Mit Nachen wurde das Getreide zu den Mühlen gebracht und das Mehl wieder abgeholt. Die Landwirte warteten oft im Ort, um am gleichen Tag wieder nach Hause zu fahren. Das konnte sehr beschwerlich sein, ein Ochsenfuhrwerk legte bis zu 15 km pro Tag zurück, ein Pferdefuhrwerk gut 20 km. Wer von weiter her kam, musste in Ginsheim übernachten, brauchte Unterkunft für sich und sein Vieh. Auch Handwerker boten ihre Dienste an, und so konnten Wartezeiten für Reparaturarbeiten an den Fahrzeugen genutzt werden. Gastwirte, Herbergen, Schmiede, Schreiner und Wagner boten die Infrastruktur rund um den Mühlenbetrieb.

Die letzte Schiffsmühle bei Ginsheim 1925 (Fotos: Verein Historische Rheinschiffsmühle Ginsheim e.V.)

Doch die Tage der Schiffsmühlen waren gezählt. Die Industrialisierung brachte neue Antriebsformen hervor. Neben die natürlichen Energiequellen traten fossile Energien; Wind, Wasser und Muskelkraft wurden von der Dampfmaschine, dem Dieselmotor oder dem Elektromotor abgelöst. Die Schiffsmühlen konnten nicht mehr wirtschaftlich arbeiten. Dazu kam, dass sie zum Verkehrshindernis wurden. Mit dem Ausbau des Rheins zur Wasserstraße befuhren immer mehr große Dampf- und Motorschiffe den Fluss. Nicht selten verursachten ihre Wellen Schäden an den Schiffsmühlen und für die

Schifffahrt erwiesen sie sich als Hindernis und wurden zum Auslaufmodell. Die Rheinanlieger vereinbarten 1868, keine Mühlenkonzessionen mehr auszugeben. 1928 stellte die letzte Schiffsmühle auf dem Rhein bei Ginsheim ihren Betrieb ein.

Die Rekonstruktion einer Schiffsmühle

1934 hatte der Freistaat Hessen die letzte Schiffsmühle gekauft. Sie wurde in den Mainzer Winterhafen geschleppt und sollte zum Museum ausgebaut werden. Bevor es dazu kam, wurde sie im II. Weltkrieg durch Bomben völlig zerstört. Im Jahr 2008 ergreifen historisch interessierte Menschen die Initiative und gründen den „Verein Historische Schiffsmühle Ginsheim e.V.“ Eine bereits seit längerem gehegte Idee, eine historische Schiffsmühle zu rekonstruieren, nimmt konkrete Gestalt an.

Bereits in den Jahren vor der Vereinsgründung waren historische Maschinen und andere Bauteile aus stillgelegten Wassermühlen gesammelt worden. Rund 500.000 Euro mussten aufgebracht werden, um den Nachbau der Schiffsmühle zu realisieren. Ein Handwerkerteam um den Vereinsvorsitzenden Herbert Jack zeichnete für den Innenausbau verantwortlich. Im April 2015 war es soweit: Mit voll funktionsfähigen Originalgeräten wird die Mühle der Öffentlichkeit übergeben und ist heute Teil der Route der Industriekultur Rhein-Main.

Bernd Heyl

Öffnungszeiten:

Januar + Februar - *1. und 3. Sonntag im Monat*
Führung um 14:00 Uhr
März bis Oktober - *Samstag, Sonntag und Feiertag*
Führungen um 14:00, 15:30 und 17:00 Uhr
November - *1. und 3. Sonntag im Monat*
Führung um 14:00 Uhr
Dezember - *Geschlossen*
Für Gruppenbesuche erbitten wir Ihre Voranmeldung.

Kontakt für Gruppen-Anmeldungen:
Tel. 0157 3705 2722 oder per E-Mail: info@schiffsmuehle-ginsheim.de

Eintrittsgebühren (inklusive Führung):
Erwachsene: 4,00 €
Jugendliche bis 18: 1,00 €
Kinder bis 6 Jahre: frei
Es ist zu beachten, dass bei einem Pegelstand von mehr als 4,40 m die Schiffsmühle geschlossen bleiben muss.

Blick in die Ginsheimer Schiffsmühle

Quellen:
Herbert Jack:
Wie unsere Schiffsmühle funktioniert,
Schiffsmühle Ginsheim am Rhein e.V. , 2020
Herbert Jack: Die Ginsheimer Schiffsmühle,
3. Auflage 2017, Roland Reischl Verlag
GG-online, Portal für den Kreis Groß-Gerau und die Region Rhein-Main
Jochen Frickel: Die Kraft des Stromes,
Historischer Heimatkrimi, 3. Auflage 2018,
Roland Reischl Verlag

Die Kraft des Stromes

Jochen Frickels Buch, die Kraft des Stromes, ist eine Zeitreise in das Ende des 19. Jahrhunderts. „Ein holländischer Raddampfer bleibt unweit von Mainz mit Maschinenschaden liegen – direkt vor den Ginsheimer Schiffsmühlen. Bis zur Reparatur muss die Mannschaft in dem beschaulichen Altrheinort ausharren. Sie ist keineswegs willkommen: Zwischen Rheinschiffern und Müllern schwelt seit langem eine latente Feindschaft. Kaum sind die Fremden da, überschlagen sich die Ereignisse.“ (Klappentext)

Jochen Frickel (Jahrgang 1946) ist in der Mainspitze aufgewachsen und kennt Land und Leute dieser Gegend seit seiner Kindheit. Als Vorstandsmitglied des Vereins Historische Rheinschiffsmühle Ginsheim e.V. beschäftigt er sich ausgiebig mit der Geschichte der Ginsheimer Schiffsmühlen und mit Mühlentechnik. Er gehört zum Kreis der Mühlenführer, die regelmäßig Besucher der Ginsheimer Museumsmühle betreuen. Auf Anfrage liest er auch gerne selbst aus seinem Buch.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Walter-Rathenau-Str. 36, 64521 Groß-Gerau

Alle aktuellen Informationen und Termine: www.gew-gg-mtk.de